

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Halle a. S., G. Br. Br. 17.
Vertrieb: 1922. Erscheinungstage täglich von 11-12

und sämtliche Unterbezirke (Kreis) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u. Feiertagen in Halle a. S., Sonntags mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit“.

Verlag: C. G. Pöhlmann, Halle, G. Br. 27.
Vertrieb: 5407, Postfachamt Leipzig 9 Nr. 67578

Nr. 37 Halle, Montag, den 14. Februar 1921 5. Jahrgang.

Deutschland will zahlen.

Verurteilte Schieber — Deutschnationale Schmähartikel auf Brann — Ein Verbrechen am hungernden Volke — Der deutsche Geldmarkt.

Stuttgart, 13. Februar. Reichminister des Auswärtigen, Dr. Simons, der heute zum Besuch der Vortragsreise eingetroffen ist, sprach heute Vormittag in einem der größten Säle der Stadt vor mehr als tausend Personen, darunter die vürttembergischen Minister, die Vertreter aller Organisationen und Spitzenverbände der Beamten, der Arbeiterschaft, des Handels, der Industrie umher über die politische Lage, wie sie durch die Pariser Not und die bevorstehenden Londoner Verhandlungen gekennzeichnet ist.

Er führte in seiner Rede u. a. aus:

„Da die Hauptlast der Aufgabe auf Deutschlands Schultern falle, sei es nötig, Deutschlands finanzielle Zustimmung zu gewinnen. Die Deutsche Regierung habe ihre Verpflichtung zur Erfüllung des Friedensvertrages grundsätzlich anerkannt, und sei auch von der Notwendigkeit überzeugt, daß das deutsche Volk, indem es sich für die Unterzeichnung des Vertrages von Versailles entschiebe, es auf sich genommen habe, bis an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit für die Heilung der Schäden des Krieges zu arbeiten. Die deutschen Gegenstände müßten zeigen, daß Deutschland seine Pflicht ernstlich nehme. Er werde sich bemühen, Vorschläge zu machen, die zwar nicht mit absoluter Sicherheit, aber mit dem dringendsten Bedürfnisse der alliierten Länder zu befriedigen.“

Der Hauptfehler sei der, daß die Pariser Konferenz die Aufgabe zu sehr als ein finanzielles Problem und zu wenig als Produktionsproblem angesehen habe, daß sie völlig unterlassen habe, die Wiltungen der von Deutschland gelebten finanziellen Leistungen auf den Produktionsprozeß der Welt zu unterbinden.

Der Minister erklärte, er sei sich bewußt, daß jeder Vorschlag, den die Deutsche Regierung mit gutem Gewissen machen könne, der der Gegenseite einen ähnlichen Sturm der Entrüstung auslösen werde, wie er jetzt bei der Bekanntgabe der Ententeüberlegungen durch Deutschland gebracht sei. Das sei eben die Folge des Fehlers, jahrelange Forderungen aufzustellen, ehe man den Versuch einer Verständigung über die wirtschaftlichen Unterlegen der Reparationspflicht zu Ende geführt habe. Sollte man das Brüsseler Programm jetzt zurückziehen, so wäre es vielleicht möglich gewesen, nach dem sogenannten Senzburger Vorschlag zu einer notwendigen Regelung der deutschen Leistungen zu gelangen; jetzt hat das ausgeschlossen, weil das deutsche Volk hinter jedem Provisorium die ungeheure Zahl von Goldmarken, die ein Geheiß aufsteigen ließe. Es erscheint undenkbar, daß der Reichstag ein solches Abkommen annehmen werde.“

nehmen. In den Versammlungen, von denen drei unter freiem Himmel stattfanden, wurde von den etwa 8-10 000 Teilnehmern eine Entschließung gleichen Inhalts gefaßt.

Das Dementi eines deutschnationalen Wahlzweckels.

Berlin, 12. Februar. Der angebliche tote Aktionsplan. Der Staatskommissar für öffentliche Ordnung teilt mit: „Ein tote Aktionsplan für Großberlin“ Mitteilungen, wonach vom 1. März ab alle Vorbereitungen für die Durchführung einer Gemaltaktion seitens der kommunistischen Partei in Berlin und Umgebung fertig seien. Demgegenüber wird, wie schon wiederholt betont worden ist, ausdrücklich hervorgehoben, daß zwar instabile Pläne für die gewalttätige Einwirkung der Diktatur des Proletariats bestehen, daß aber mit einer Ausführung dieser Pläne in absehbarer Zeit nicht gerechnet werden kann. Einmal steht es an der Bereitwilligkeit der Massen der Arbeiterschaft, dem Ruf der kommunistischen Partei zu folgen. Im Gegenteil muß festgestellt werden, daß die große Mehrheit der deutschen Arbeiter das Bedürfnis nach Ruhe empfindet, ihrem Verdienst nachzugehen will und es entschieden ablehnt, sich von den Kommunisten zu einer Unterwerfung unter die Diktatur eines über die Arbeiterbewegung und überhaupt auch an Geldbesitz, da die russische Diktatur schon seit längerer Zeit ausgedehnt ist. Endlich steht die Uneinigkeit in der KPD, selbst und der Streit, der zwischen dieser und der KPD herrscht, einer großen einheitlichen Aktion hindernd im Wege.

Die Meldung der Deutschen Tageszeitung, wonach vom 1. März ab mit einem kommunistischen Gemaltakt in Berlin gerechnet werden muß, ist nichtig.

Anständig ist es eigentlich noch hinzuzufügen, daß auch die „Hollische Zeitung“ ihren Lesern dieselbe Nachricht von einer toten Armee brünnwarm mitgeteilt hatte.

Französische Diktatur im Völkerbund.

Paris, 12. Februar. In der Liberté wird die Weiterung der Smelz beprochen, die für Wina bestimmten Ueberwachungsstrassen Schweizer Gebiet vollziehen zu lassen. Französische Nachrichten über die Vertagung der Sitzung des Völkerbundes am 21. Februar von Genf nach Paris die Folge dieses Zwischenfalls. Das Blatt sagt: „Nach ein ähnlicher Zwischenfall und die Schweiz kam von den Organisationen in Genf Abschied nehmen. In der Ueberschrift lautet das Blatt darauf hin, daß man vielleicht den Sitz des Völkerbundes von Genf nach Brüssel verlegen werde.“

Dreßsig wird freigesprochen.

Breslau, 12. Februar. Vor dem außerordentlichen Gericht in Waidenburg hatte sich am Freitag Leutnant Dreßsig, Verfasser der von unserer schlesischen Parteipresse veröffentlichten Kampfpäne der Dreßsig im Waidenburger Gebiet zu verantworten. Der Staatsanwalt beantragte 9 Monate Gefängnis, obwohl nach der Berordnung des Reichspräsidenten nur Zuchthaus zulässig ist. Das Gericht sprach den Angeklagten frei, und zwar mit der Begründung, daß seine Vorgehens von den Plänen keine Kenntnis gehabt haben, und daß der Leutnant Müller über sein Gebahren selbst nicht klar gewesen sei.

Die Weiblicher Kommunisten werden eingesperrt, die Dreßsig-Führer werden freigesprochen. Es lebe die Dreßsig!

Die Streikdrohung der englischen Lokomotivführer.

London, 12. Febr. Der Ballungsaustrag des Nationalverbandes der Eisenbahner hat sich gestern mit der Streikdrohung des Verbandes der Lokomotivführer und Heizer befaßt und eine Entschließung angenommen, in der das Parlamentariermitglied Thomas aufgefordert wird, sofort nach Zulassung des Parlamentes eine genaue Untersuchung der in Mallow in Irland erfolgten Erziehung zu fordern, sowie auf eine öffentliche Untersuchung der gesamten Frage der von den Streiktrüben der Krone in Irland ausgeübten Regierung zu drängen. Bis dahin wird der Nationalverband der Eisenbahner keine Aktion ergreifen.

Abkündigung des englischen Kabinetts.

London, 13. Februar. Amittig wird gemeldet: Der König hat die Mitglieder von Kinnear und Long angenommen und die Ernennung Cherrills zum Kolonialminister, Worthington Coombs zum Kriegsminister, Lord Lee zum Marine- und Geisteswissenschaftlichen zum Landwirtschaftsminister genehmigt.

Beamte, heraus!

Von Dr. Krefel, Telegraphen-Sekretär (Frankfurt a. M.).

Die Beamtenrechte sind in Gefahr! Die Revolution hat der Beamtenschaft ein gerüttelt Maß idealer Errungenschaften und Freiheiten in den Schoß geworfen, wie es sich die Beamtenschaft in ihren lästigen Hoffnungen nicht dachte. Man braucht heute nur eine Beamtenzeitung in die Hand zu nehmen und die eifrige Sprache des Blattes mit derjenigen vor der Revolution zu vergleichen, um den Wert einer Kapselfreiheit feststellen, die ohne Manöver die Dinge so nennen kann, wie sie wirklich heißen. Es ist noch nicht allzulange her, daß der Vorsitzende des Verbandes mittlerer Volk- und Telegraphenbeamten, Oberpostassistent Jollisch, von der Disziplinarkammer in Potsdam verurteilt wurde, weil er als Vorsitzender es nicht verdrinzt habe, daß das Organ des genannten Verbandes, die „Deutsche Postzeitung“, bei den Kämpfen um die damalige Wehrreform folgenden Satz schrieb: „Nicht läßt sich die mittlere Wehrdienstverpflichtung durch irgendwelche Anmaß hinsetzen und durch den Anzucht ihrer Entpflichtungen ins Meerlose treiben — noch nicht!“ Der Anführer trat in dem angeführten Belegungs Jollisch, einen Verstoß gegen die geistige Freiheit. Er trat heute die Beamten-Freiheitskämpfer nach dem System der damaligen Regierung behandelt, so haben die meisten ihrer Schriftleiter längst hinter Schloß und Riegel. Erst die Revolution brachte den Beamten das Recht freier Meinungsäußerung. Erst die Revolution brachte den Beamten mit dem Koalitionsstreik eine politische Freiheit und Beurlaubungsrecht, erst die Revolution brachte den Beamten eine Regelung der Arbeits- und Ansehens, sowie eine Mitwirkung bei der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse durch die Beamtenvereine. Erst die Revolution befreite die Geheimen und die Arreststrafen für die Beamten, insbesondere die Postbeamten. Man dachte vorher gar nicht daran, diese Disziplinarkammer abzuschaffen, das beweist die Einrichtung von Krefel für Beamte selbst in den neuesten Volksgesetzen in Frankfurt a. M. Mit einem ausgeübten Beamtenrecht, das Kaufparagrafen enthält, wie den § 10 von der Würdigkeit, deren sich ein Beamter inner- und außerhalb des Dienstes seines Amtes zu erweilen habe, wurde die Beamtenchaft niedergedrückt. Und neben persönlicher und wirtschaftlicher Unfreiheit hielt man den Beamten in einer politischen Anfechtung und Rechtslosigkeit, die uns heute unverändert erscheint. Dem Beamten war es verboten, sich politisch zu betätigen, wie er wollte, aber gar zu wählen, wen er wollte, und gerade die offenen Kantonsamtsämter waren eine Kontrolle der politischen Ueberzeugung des einzelnen Beamten, die mancher Beamte unter dem Vorwand des Amtsgewalt hat die Revolution mit all diesem Schmutz der Beamte in ihrer Freiheit, wie jeder andere Staatsbürger. Seine mehrerwähnten Rechte hat ihm die Sozialdemokratie gewährleistet in dem Aktionsprogramm der Fraction der Nationalversammlung, das Wort für Wort in das Programm der damaligen Koalitionsregierung übernommen wurde. In einer Resolution des Weimarer Parteitages der Sozialdemokratischen Partei im Juni 1919 wurde außerdem, um allen unmaßhellen Behauptungen zu begegnen, beschlossen: Der Parteitag tritt dafür ein, daß ein zuverlässiges Berufsbeamtentum erhalten bleibt, welches unabhängig von politischen Ereignissen seine Dienste dem Wohl der Allgemeinheit zu widmen hat. Die mehrerwähnten Rechte der Beamten sind deshalb zu gewährleisten. Allen politischen Verdrehen und Lügnern sei es ins Gesicht geschrieben: Die erste Zeit der Sozialdemokratischen Partei der Beamten zu sichern. Jede andere Behauptung ist Demagogie.

Beamte, sich heißt es, die Errungenschaften der Revolution festzuhalten und auszubauen. Noch ist manches unerledigt geblieben. Noch harret manches Problem seiner Lösung. Noch ist das Beamtenrecht nicht zur Tat gekommen. Schon zeigen sich reaktionäre Neigungen aus dem reaktionären Lager, die auch um das Mittelmeeresrecht betrogen wollen. Und noch ist das Reichsbeamtentum nicht revidiert worden, unter dem die gesamte deutsche Beamtenchaft jahrelang geknechtet hat.

Beamte, wenn ihr den Kampf gegen die Reaktion nicht aufnehmt, wenn ihr im letzten Jahre nichts gemacht habt, wenn ihr die Augen nicht offen haltet, dann werden auch nach der Revolution das reaktionäre Lager, die auch mit einem Schilling aller reaktionären Errungenschaften und Freiheiten bezaubert. Noch hat nach jeder Volkserhebung eine Reaktion gemeiner und schlimmerer Art eingeleitet, denkt an Frankreich, denkt an Rußland, denkt auch an Bayern und nicht euch das heutige Ungarn an! In eurer Nacht liegt es, die Ketten zu zerbrechen, die euch die Reaktion umgeben hat. Löst euch nicht täuschen, das Wort von der Reaktion ist keine leere Phrase.

Die Reaktion ist da!

Noch geht es um, wie ein Wolf im Schafschmelde. Noch

Der Widerwinn der Zwangs-Kohlenlieferungen.

Saarbrücken, 12. Februar. Der Gewerksverein saarbrückener Bergarbeiter hielt heute im ganzen Saargebiet viele Besammlungen ab, die von Tausenden von Bergarbeitern besucht waren. Etwa 40 weitere Besammlungen werden morgen vor sich gehen. In den Besammlungen wurde einstimmig eine Entschließung gefaßt, in der es heißt, die weltwirtschaftliche Krise würde sich besonders in Saarbrücken bemerkbar. Wegen Abwagnung wird am 12. Februar schon die dritte Sitzung abgehalten, die dritte im Februar, eingeleitet die vierzigste Sitzung werden die französischen Bergarbeiterorganisationen entscheiden, sich dafür einzusetzen, daß in Frankreich für die Kohlen der französischen Saargebiete genügend Kohlen geschaffen wird. Die Saarbergarbeiterchaft kann es nicht verhehlen, daß Deutschland monatlich für 200 000 Tonnen Kohlen, die die deutsche Volkswirtschaft sehr benötigt, an die Entente mehr liefern soll, während auf den Seiten der Saargebiete kein Pfund mehr um Aufschwimmen der Kohlen vorhanden ist. Die Revolution fordert ferner ein gemeinsames Zusammengehen mit dem deutschen Bergarbeiterverband, um bei dem Büro der internationalen Bergarbeiterverbände in Amsterdam ein gemeinsames Vorgehen der Bergarbeiter der angeschlagenen Länder zu erreichen, dahingehend, daß ein Teil der in Frankreich ruhenden in Deutschland verbleibt, um so für die Saarbrückener Arbeiter zu kämpfen. Ferner fordert die Resolution die Freigabe der Kohlenlieferungen und die Erstattung des daraus entstandenen Schadensersatzes.

Nach der Deutsche Bergarbeiterverband hatte zu heute keine Mitglieder zu den großen Besammlungen im ganzen Saargebiet zusammenberufen, um ebenfalls zu den benennenden Fragen das Saarbergbaues Stellung zu

Internationale Zusammenarbeit auf Braun.

Die „Halleische Zeitung“ vom Sonnabend-Abend hat sich wieder eine besonders gute an dem, daß sie gegen den Braun, den preussischen Landwirtschaftsminister, wagt. Daß sie über die Auflösung des Landesökonomieinstituts und der Landwirtschaftskammer Ost und West, in selbstverständlicher, und darüber sind wir sicher. Auf den zweiten Artikel, der in demagogischer Aufregung die doppelten Aufwandsgeber Brauns behandelt, müssen wir etwas näher eingehen. Was es mit diesen Aufwandsgebern auf sich hat, erleben unsere Leser aus folgenden Ausführungen, die uns ausgehen:

Die „Deutsche Tageszeitung“ greift den preussischen Landwirtschaftsminister Braun ebenfalls heftig an, weil er in seiner Doppelleienschaft als Landwirtschaftsminister und Präsident des Staatsministeriums auch doppelte Aufwandsentschädigung bezieht. Er verweist hier sogar in ihrer letzten Beilage zu der „Schwarzen Post“, von Braun als dem „Kern“ der tiefen Lasse, in der die „Landwirtschaft“ der doppelten Aufwandsentschädigung genügt, zu sprechen. Aus der Entrüstung der „Deutschen Tageszeitung“ muß gefolgert werden, daß sie die Auszahlung der beiden Aufwandsentschädigungen als eine ungeschickliche Handlung aber zum mindesten als ungesetzlich an den Präsidenten. Es sei ihr deshalb zunächst einmal mitgeteilt, daß Ministerpräsident Braun, obwohl er zwei Stellen innehat, nur für einen Posten Gehalt bezieht dem preussischen Staat also 50 000 Mark Gehalt empfängt. Er bezieht lediglich doppelte Aufwandsentschädigung, und hierzu sei bemerkt, daß die preussischen Verordnungsordnung (Preuß. Gesetzsamml. S. 208) den Kapitel „Aufwandsentschädigungen“ heißt:

„Der Präsident der preussischen Staatsregierung 18 000 Mk. und die Staatsminister je 14 000 Mk. jährlich. Ein Staatsminister zugleich der Präsident der preussischen Staatsregierung, so erhält er neben der Aufwandsentschädigung des Staatsministers auch die Aufwandsentschädigung des Präsidenten.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ mag daraus ersehen, daß die Auszahlung der beiden Aufwandsentschädigungen an den Ministerpräsidenten und Landwirtschaftsminister in Ausübung eines von der Landesversammlung beschlossenen Geheiß erfolgt. Ihre Entrüstung müßte sich also logischer gegen das Geheiß und nicht gegen die Person des von ihr angegriffenen Ministers richten.

Damit die „Deutsche Tageszeitung“ aber nicht denkt, daß die Landesversammlung mit diesem Geheiß ein Kommando gegeben hat, sei ihr weiter mitgeteilt, daß in den früheren preussischen Etats, z. B. im Etat für 1918, der im Dezember 1917 auch von dem deutschen Reichstag genehmigt worden war, sich regelmäßig folgende Bestimmung findet:

„Aufwandsgeber für den Präsidenten oder den Vizepräsidenten des Staatsministeriums 18 000 Mk. Die Aufwandsgeber können, wenn das Amt des Präsidenten oder des Vizepräsidenten des Staatsministeriums im Nebenamt wahrgenommen wird, soweit als nicht gesetzlich vorgeschrieben, zur Ausgabe gelangen, daß die Dienstentferte in ihrer Gesamtheit 64 000 Mark nicht übersteigen.“

Da das Dienstentferte insgesamt 54 000 Mk. betrug, dürfte mithin eine zweite Aufwandsentschädigung bis zu 10 000 Mk. an den Präsidenten des Staatsministeriums ausgezahlt werden. Heute sind es 18 000 Mk. Aber selbst die „Deutsche Tageszeitung“ wird nicht behaupten wollen, daß 18 000 Mk. im Jahre 1921 mehr seien, als es 10 000 Mk. im Jahre 1917 oder 1918 waren. Damit aber dürfte der angegriffene Braun gegen die angeblich ungeschickliche Bestimmung des preussischen Ministerpräsidenten ebenfalls abgesehen sein. Sollte das Blatt trotzdem noch das unannehmliche verlangen haben, sich weiter mit dieser Materie zu befassen, so könnte vielleicht einmal in eine Unterredung darüber eingetreten werden welche früheren konteratanten Minister etwa aus besonderen Gründen noch Zuschüsse zu ihrem Gehalt und ihrer Aufwandsentschädigung bezogen haben.“

In diesen Wahrheiten kann die „Hall. Ztg.“ nun natürlich nicht züchten, aber auf was für eine solche Ausrede kommt das deutsche Nationalparlament? Hören wir, es

läßt sich also verhalten: Die früheren preussischen Minister müßten wirklich repräsentieren und kamen für ihre Repräsentation mit den gewöhnlichen Aufwandsgebern der weitem nicht an. Es veranschaulicht mehr als die Aufwandsentschädigung für Verpflichtungen, die aus ihrem Amt sich ergaben. Die Demokratie hat uns die Möglichkeit der Repräsentationspflichten, die gänzliche Selbstlosigkeit auf diesem Gebiete gebracht; und es ist bisher nicht bekannt geworden, daß republikanische Minister erhebliche Aufwendungen für Empfänge und dergleichen haben machen müssen. Vielmehr stellt für sie die Aufwandsentschädigung keinen Ertrag, noch dazu ungenügenden, für wertvolle Ausgaben dar, sondern einen Zuschuß zum Gehalt.“

Ausnahmsweise ganz einverstanden „Halleische Zeitung“. So mit gehen sogar noch einen Schritt weiter: die früheren Minister haben gänzlich repräsentiert, aber das ist nichts gearbeitet. Unter der jetzigen Demokratie macht es der Genosse Braun eben umgekehrt und wir sind damit höchlich zufrieden. Außerdem wird viele Tatsachen veranlassen, daß die Wähler am 20. Februar dafür sorgen werden, daß nicht wieder die früheren Repräsentationsminister an die Stelle kommen.

Wenn man einen Kommunisten wählt.

Wenn ein Wähler an die Wahlurne geht und einem Kandidaten seine Stimme gibt, so sucht er sich einen aus, von dem er weiß, daß er seine Interessen vertritt, wie man gewöhnlich sagt, von dem er aber auch weiß, er sieht unter seiner, des Wählers, Kontrolle. Von dem er weiß, er wird in schwer zu entscheidenden Fällen Rücksprache mit seinen Wählern nehmen, um deren Wünsche kennen zu lernen. Diese Rücksprachen erfüllen die Kandidaten der Kommunistischen Partei nicht. Schon bei der Aufstellung der Kandidaten macht sich das bemerkbar. Bei der Bezirkskonferenz der K. P. D. hier in Halle wurden die einzelnen Vertreter aufgestellt. Aber nach der Aufstellung hieß es dann in dem vorerwähnten Bericht: „Die Reihenfolge der Kandidaten (also wer gewählt wird, D. Red., „Wolfs.“) bestimmt das Zentralkomitee.“ Ein Schlußbeispiel dazu, wie eine Kandidatenliste bei der K. P. D. entsteht, lieferte vor einigen Tagen Hamburg. Die K. P. D. Hamburgs hatte zur Bürgerliste eine Liste aufgestellt. Diese gefiel aber der Zentrale nicht und sie richtete deshalb ein Schreiben an die Hamburger Ortsgruppe, das das Hamburger „Echo“ zu veröffentlichen in der Lage ist. Es heißt da, man habe einstimmig beschlossen, sich mit der Kandidatenliste zur Hamburger Bürgerliste nicht einzuverhandeln zu erklären. Es wurde angeordnet, sofort erneut zur Aufstellung der Liste Stellung zu nehmen. Dann folgten Vorschriften, wer die Liste führen müsse und welche Personen an ausführender Stelle zu stellen seien.

Wie abhängig von anderen Institutionen die Zentrale selbst wieder ist, das konnte man vor einiger Zeit an dem Fall Levi sehen. Die Kommunisten hatten sich diesen ihren Vorhaben gewährt, weil er allgemein das Vertrauen derselben befaß. Wie ein Blick aus letzterem Himmel kam dann die Veröffentlichung eines Briefes von ihm, aus dem hervorging, daß die Moskauer Exekutive seinen K. P. D. nicht verlangte, trotzdem Levi noch in welchem Maße das Vertrauen der deutschen Kommunisten befaß. Der Grund für dieses plötzliche Verlangen der Moskauer war wiederum ein ganz eigenartiger. Eine Anweisung an Levi, über seine Haltung auf dem italienischen Kartelltag, war zu spät in seine Hände gelangt und er hatte deshalb in den ursprünglichen zwischen ihm und dem Vertreter der russischen Exekutive getroffenen Vereinbarungen teilgenommen und danach gehandelt. Das war ihm schwer verüßelt worden und auch Entschuldigungen wurden nicht angenommen, sondern ganz wie sonst nur in monarchisch regierten Staaten, sollte er als Sündenbock dafür dienen.

Gebiet solche Vorurteile schon ein angedeutetes Hindernis, wieviel her kommunikalische Abgeordnete Freiheit befaßt, die Wünsche seiner Wähler zu vertreten, so wird das Gemüde klarer abhängig fertig, wenn der Wähler erfährt, von wem der Abgeordnete seine Rücksicht bei Bestimmungen erhält. Nicht seinem Wähler gegenüber ist er verantwortlich, nicht mit ihm hat er sich zu verhandeln, sondern mit dem Zentralkomitee in Berlin. Ganz gleichgültig ob es sich um einen Abgeordneten im Landtag, im Provinziallandtag, im Kreisrat oder im Gemeindeparlament handelt. Sogar wenn er Vertreter der im Krantentafel ist

über eine Gemeindefunktion ausübt. Weils hat er nicht seine Wähler, sondern das allmächtige Zentralkomitee zu fragen.

Aber daß die Entscheidungen der Zentrale in Berlin nicht immer gefällt werden von der Einigkeit in die deutschen Verhältnisse, sondern von der finanziellen Abhängigkeit, in der sie sich befindet, das erfährt man wieder aus einer Veröffentlichung des Hamburger „Echo“.

Nach diesem Blatt ist auf einer Tagung der Hamburger Kommunisten Herr Ziel von der Zentrale entlassen, der den Befehl überbrachte, daß Herzog und Hommes sofort zurückzutreten hätten, sonst würden sie von der Zentrale abberufen werden. Viel habe bei dieser Gelegenheit durchgesehen lassen, daß die Zentrale der K. P. D. eben erst 7 Millionen von Moskau angefordert habe. Die rote Form, die mit 7 Millionen von 8 Hilfsarbeitern in der Redaktion befaßt sei, betrage eine Kiste mit nur 500 000 Mark.

Aus alledem erfährt der Wähler, wenn er einen Abgeordneten haben will, sei es in den preussischen oder in den Provinziallandtag, sei es in den Kreisrat, der die eingangs erwähnten Bedingungen erfüllen soll, der während der ganzen Betretungzeit letzten Endes den Wähler entscheiden lassen will, was zu tun und wie zu stimmen ist, der wähle keine Kommunisten. Für den gibt es nur eine Partei, die zu wählen ist, für den gibt es nur die Kandidaten, die der Sozialdemokratischen Partei angehören. Diese erfüllen die Voraussetzungen. Wähler! Darum gehe am 20. Februar hin und wähle sozialdemokratisch.

Notizen.

Wahlkreis in Hamburg. Wie der „Korwäris“ aus Hamburg meldet, hat die Polizei in einem Hamburger Privathaus kürzlich eine Anzahl Wählzettel und große Mengen von Wählzettelgehäusen und Beschriftungsmittel beschlagnahmt. Die Wähler und Wählzettel sind nun auswärts nach Hamburg gebracht worden und sollen nach einem polizeilichen Ort transportiert werden, um sie, wie vermeldet, für eine Urteilsverhandlung zu sichern.

Die Deutsche und die österreichische Regierung trafen am 1. 9. 1920 das Abkommen des ewiglichen Handelsvertrages an vorläufigen Bestimmungen zur Regelung ihrer handelsrechtlichen wirtschaftlichen Beziehungen. Die Ratifizationsaufschriften zu diesem Abkommen wurden heute im Bundesministerium für Handelsbeziehungen zwischen dem Bundeskanzler und dem deutschen Gesandten ausgetauscht, womit das Abkommen in Kraft getreten ist.

Die Konferenz in Polen. Ein besonderer Anlaß hat festgestellt, daß die Konferenz in Warschau im Januar im Vergleich zum Monat Dezember um 26 Prozent gestiegen ist.

Die amerikanische Regierung wachte sich, wie hier bekanntgegeben wird, an Letztend mit der Bitte, noch hunderte Tausend Russen, die die amerikanische Regierung in den nächsten Monaten auszusiedeln beabsichtigt, die Reise durch letzteres Gebiet zu gewähren.

Ständrecht in Griechenland. Nach einer Meldung der „Daily News“ aus Athen hat die griechische Regierung in Thracien das Ständrecht erklärt.

Die Wahlen in Südbah. Nunmehr sind die Wahlergebnisse aus Südbah bis auf drei bekannt. Die Partei Smuts hat 78 Sitze erlangt, die nationalistische von Herzog 48 Sitze, die Arbeiterpartei 9 Sitze, die Unabhängigen haben einen Sitz erhalten.

Schweinefleisch in New York. Nach einer Havasmeldung aus New York ist verfügt worden, daß bis auf weiteres alle Schiffe 300 Meter von den Docks entfernt bleiben müssen. Die Maßnahme sei getroffen worden, um die Einschleppung von Typhusoperdemen zu verhindern. Man trifft auch umfassende Vorkehrungen, um den Hafen zu desinfizieren.

Gewerkschaftliches.

Wachstums und Schließung.

Zugriff ihrer Zahlungen. Der am 8. Februar ausgehene Brief im Buchdruckergewerbe der Gaus lehnt sich zu einem Nachdruck des Unternehmens zu entscheiden. Einigungsverhandlungen vor dem Arbeitsamt der Staatsregierung scheiterten an dem Widerstand der Prinzipalität. Der Streit geht unüberbärt weiter. Die Streikleitung.

Geschäftshaus J. Lewin Marktplatz 2 und 3

<p>Ein Posten Hemdentuche 7⁹⁰ <small>Meter 10,75</small></p> <p>Ein Posten Wäschentuche 12⁷⁵ <small>Meter 14,75</small></p> <p>Ein Posten Dowlas Bettuchbreite 29⁵⁰ <small>Arbeits Ware Meter 36,00</small></p> <p>Ein Posten Kleider-Velours 9⁷⁵ <small>Meter 10,75</small></p> <p>Ein Posten Hemdenbarchente 9⁹⁵ <small>Gute Qualitäten Meter 13,30</small></p> <p>Ein Posten Handtücher stückware 9⁷⁵ <small>Arbeits Qualitäten Meter 11,30</small></p>	<p>Bei den letzten Einkaufs-Reisen sind gewaltige Posten</p> <p style="font-size: 2em; font-weight: bold;">Baumwollwaren</p> <p>sehr günstig erworben. Wir bringen von Sonnabend den 12. ds. Mts. ab diese, nur beste Qualitätswaren zum Verkauf.</p> <p>Um unserer Kundschaft etwas ganz besonderes zu bieten, haben wir die Verkaufspreise derartig niedrig gestellt, dass es sich um ein ganz</p> <p style="font-size: 1.5em; font-weight: bold;">aussergewöhnlich billiges Angebot</p> <p>handelt.</p>	<p>Ein Posten karierte Bettzeuge 15⁰⁰ <small>Meter 17,75</small></p> <p>Ein Posten gebülmte Bettzeuge 14⁵⁰ <small>Meter 16,75</small></p> <p>Ein Posten Kleiderdrucks 14⁷⁵ <small>Meter 19,75</small></p> <p>Ein Posten Bett-Inletts 17⁵⁰ <small>grün-rot gestreift Meter 19,75</small></p> <p>Ein Posten Köper-Inletts 22⁷⁵ <small>rot, 80 cm breit Meter 27,00</small></p> <p>Ein Posten Köper-Inletts 42⁰⁰ <small>rot, 130 cm breit Meter 49,00</small></p>
--	---	--

Strickwolle

prima Qualität, schwarz und grau 1/2 Pfund 11⁵⁰

Partei-Angelegenheiten.

Vertrauenswahl. Montag abend 7 Uhr Sitzung in Wisdorf...

Aus dem Stadtkreis.

Insich in der öffentlichen Lehrerverammlung.

Am Sonntag nachmittag sprach der Gen. Haenschlich vor...

Nach den Heusch-Reden.

Es ist allzu, wie sich die rechtschöne Presse versucht, mit der...

Gen. Eva Büttner-Dresden, Wintergarten

Wahlberechtigte Frauen und Männer erscheint in W a t e n!

Die Verordnungen und Erlasse geben, sondern er lichte im Sinne...

nennen, als Zantapel hincinmerken und Haenschlich dabei im Dichte...

ordnung enthält kein allgemeines Verbot des gewerlichen...

Man führte er zunächst die Beteiligung der geistlichen...

Rein, Herr Prof. Menzer, Sie können Deutschland und der...

Schaufentersbruch. In letzter Nacht wurde die Schaufenters...

Die Wahlberechtigte Frauen und Männer erscheint in W a t e n!

Rein, Herr Prof. Menzer, Sie können Deutschland und der...

Schaufentersbruch. In letzter Nacht wurde die Schaufenters...

Die Wahlberechtigte Frauen und Männer erscheint in W a t e n!

Rein, Herr Prof. Menzer, Sie können Deutschland und der...

Schaufentersbruch. In letzter Nacht wurde die Schaufenters...

Die Wahlberechtigte Frauen und Männer erscheint in W a t e n!

Rein, Herr Prof. Menzer, Sie können Deutschland und der...

Schaufentersbruch. In letzter Nacht wurde die Schaufenters...

